

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

26.11.1930 (No. 276)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Str. 14
Gemeindeprediger
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einj. 32,50 RM, einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Nichterhaltenen tarifierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontakverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zur Entscheidung im Eisenbahnkonflikt Die Begründung des Staatsgerichtshofs

In der Begründung der Entscheidung über die Benennung von Verwaltungsratsmitgliedern der Reichsbahn führte der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, nach längeren juristischen Darlegungen aus:

Nach dem Gesetz zur Änderung des Reichsbahngesetzes vom 13. März 1930 ist die Befugnis des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn wieder ganz auf die Reichsregierung übergegangen. Sie hat also zur Zeit über 18 Sitze zu verfügen. Rechnet man davon den Preußen zugesprochenen Sitz ab und selbst weitere 4 für die Vorzugsaktionäre, obwohl der Übergang der Sitze an diese jedenfalls nicht in absehbarer Zeit zu erwarten ist, so verbleiben doch dem Reich zur Befugnis immer noch 13 Sitze. Warum das Reich von diesen nicht vier an die vier streitenden Länder abgeben könnte, ist nicht einzusehen. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß der Eintritt von Ländervertretern in den Verwaltungsrat dessen Aufbau stören oder die Länderinteressen in den Vordergrund schieben würde. Es liegt keinerlei Anhalt dafür vor, daß die Ländervertreter nicht ebenso ihr Amt im Sinne des Wohles des ganzen Volkes ausüben werden, wie dies die von der Reichsregierung anerkannten Vertreter tun.

Bei Erörterung der Einwände, die das Reich gegenüber einzelnen Ländern erhoben hatte, führte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke in Bezug auf Württemberg und Baden aus:

Württemberg gegenüber macht das Reich in erster Linie den Einwand, die Vereinbarung sei überhaupt nicht zustande gekommen, weil Württemberg die Erklärung nicht unterschrieben habe. Insofern das Reich die Schlussform bemängelt, ist dieser durch das Annahmeschreiben Württembergs vom 12. April 1924 genügt. Es kann auch keine Rede davon sein, daß Württemberg nur bedingungsweise angenommen habe. Es hat unbedingt angenommen und nur zum Ausdruck gebracht, daß es für den Fall weitergehender Zusagen an andere Länder auch seinerseits weitergehende Ansprüche erheben würde. Das Reich hat niemals zum Ausdruck gebracht, daß es aus der Nichtunterzeichnung irgend welche Forderungen ziehen würde. Es hat vielmehr seine durch die Zustimmung Württembergs bedingten Maßnahmen durchgeführt.

Württemberg und ebenso Baden gegenüber soll das Reich ebenfalls einen Vorbehalt gemacht haben. Wichtig ist, daß es in dem Schreiben, mit dem die Erklärungen vom Frühjahr überhandt worden sind, auf die von der politischen Entwicklung abhängige Gestaltung des Verwaltungsrates hingewiesen hat. Wenn aber darin ein Vorbehalt liegen sollte, so mußte er klar und deutlich zum Ausdruck kommen. Das ist nicht geschehen. Die Schreiben Badens vom 15. Oktober und 20. Februar 1928 sind für die Entscheidung ohne Bedeutung.

Erdbebenkatastrophe in Japan Hunderte von Todesopfern

W.B. Tokio, 26. Nov. (Tel.) Die etwa 70 Kilometer südwestlich von Tokio gelegene Stadt Misima auf der Halbinsel Izu ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Die ersten Meldungen sprachen von 900 Toten. Die Halbinsel Izu war in der letzten Zeit bereits mehrmals der Schauplatz schwerer Erdrerschütterungen. Das heutige Erdbeben begann um 4.03 Uhr früh und dauerte ungefähr 10 Minuten.

Das Erdbeben hat auch in einem großen Teil des Bezirks Schizuoka, südwestlich der Hauptstadt, besonders gewütet. Die Zahl der Todesopfer wird auf 200 geschätzt, diejenige der Verletzten übersteigt 1000. Überall haben Brände die Schäden der Erdstöße noch vermehrt. Die Orte, die am meisten gelitten haben, sind Misima, Numazu, Nagato, Ito und Atami. Die Sommerstation Hakonenatschi, die 1923 bereits zerstört worden war, wurde von neuem dem Erdboden gleichgemacht.

W.B. Tokio, 26. Nov. Nach den letzten amtlichen Meldungen beläuft sich die Zahl der Todesopfer des Erdbebens im Bezirk Schizuoka auf 187, während die Zahl der Verletzten auf 219 Tote sprechen. In der Nähe von Misima, d. h. im Mittelpunkt des Bebens, hat man seit dem 10. November jeden Tag durchschnittlich 300 kleine Erdstöße verspürt. Das Zentralobservatorium meldet, daß seit dem 7. November 1500 Stöße in der Umgebung des Thermoabades Ito, das in Brand geraten ist, verzeichnet wurden. Man befürchtet, daß auch die Gebiete von Schizuoka, Ohta, Schimoda und Hakoni gelitten haben, doch fehlen Einzelheiten, da die Verbindungen unterbrochen sind. In Atami brach ein Strahl tosenden Wassers aus dem Erdinneren, der beträchtliche Höhe erreichte. Das Schicksal von 300 Arbeitern, die durch einen Erdsturz in einem Tunnel bei Atami eingeschlossen sind, gibt Anlaß zu Beunruhigung. Das Zentralobservatorium teilt mit, daß die Schwingungen des Hauptstoßes 30 Minuten dauerten.

Das Rheinhochwasser fällt langsam

W.B. Köln, 26. Nov. (Tel.) Vom Rheinstrombauamt in Koblenz wird mitgeteilt, daß der Rhein bei Koblenz weiter fallende Tendenz zeigt. Gestern 18 Uhr betrug der Wasserstand 7,58 Meter; heute früh 8 Uhr wurden in Koblenz 7,41 Meter gemessen. Das Wasser geht weiter langsam zurück. In Bonn hatte es seinen höchsten Pegelstand mit 7,64 Meter erreicht. Heute früh 8 Uhr verzeichnete der Pegel dort 7,53 Meter. In Wevel mußten verschiedene Wohnungen, die zu ebener Erde liegen, geräumt werden. Auch in Köln ist der Wasserstand um ein geringes zurückgegangen.

Letzte Nachrichten

Das Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Erledigung erst in nächster Woche

W.B. Berlin, 26. Nov. (Tel.) Das im Verfolg des Beschlusses des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei eingereichte Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Dr. Bredt ist — wie amtlich mitgeteilt wird — gestern in der Reichskanzlei eingegangen. Nach einer fernmündlichen Vereinbarung zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Bredt ist die Erledigung des Schreibens bis nach der Rückkehr des noch erkrankten Ministers nach Berlin, die für den Anfang nächster Woche zu erwarten steht, zunächst noch zurückgestellt. Infolgedessen ist auch ein Vortrag des Reichskanzlers in dieser Angelegenheit beim Reichspräsidenten zunächst noch nicht nachgeschickt.

Der Konflikt in der Wirtschaftspartei

W.B. Berlin, 26. Nov. (Tel.) Zu den Differenzen in der Wirtschaftspartei erfahren wir, daß der Konflikt des Abg. Colosser und seiner Freunde mit dem Parteivorstand Dr. Schacht auch durch die Verhandlungen des Reichsparteiausschusses noch nicht als endgültig erledigt angesehen wird. Die Entscheidung sei vielmehr nur aufgeschoben bis zum Parteitag der Wirtschaftspartei, der nacheinander für April 1931 nach Hannover einberufen werden soll. Bis dahin herrscht gewissermaßen Waffenstillstand. Der Abg. Colosser hat noch sein Amt im Parteivorstand und behält auch seinen Einfluß auf das Parteiorgan.

Schacht über seine Amerikareise

W.B. New York, 25. Nov. (Tel.) Kurz vor seiner Abreise mit dem Lloyd-Danpfer „Columbus“ äußerte sich Dr. Schacht dem Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros gegenüber sehr befreudigt über seine Amerikareise. Er sei überall auf das freundlichste aufgenommen worden und habe feststellen können, daß das Interesse für internationale Fragen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen der USA außerordentlich lebhaft sei. Er beachtete, nach seiner Rückkehr nach Europa sich seinen privaten Interessen zu widmen.

Zu der Rede Dr. Schachts vor dem Monomischen Club wird noch berichtet: Besonderen Eindruck machte Dr. Schachts Befürwortung einer Rückgabe der deutschen Kolonien sowie seine Bemerkung, als Volkswirtschaftlicher und Geschäftsmann erscheine es ihm geradezu absurd, daß nach dem die kriegsführenden Staaten rund 880 Milliarden Reichsmark im Kriege verpulvert hätten, jetzt lediglich alle Mühe darauf verwendet werde, aus einem einzelnen Mitglied der internationalen Kulturgemeinschaft weitere 40 Milliarden herauszupressen und dadurch die Welt in dauernder politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unruhe zu erhalten, anstatt alle Bemühungen gemeinsam auf die Förderung der Weltwirtschaft zu richten.

Die Arbeitsmarktlage im Reich Fast 3,5 Millionen Arbeitslose

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das regelmäßig um diese Jahreszeit einsetzt, ist nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Hälfte des November annähernd in dem erwarteten Umfang eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist um rund 100 000 auf 1 661 159 gestiegen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Zunahme rund 124 000 betrug. In der Krisenunterstützung mit 637 613 Unterstützten ist ein Mehr von rund 27 100 zu verzeichnen (im Vorjahre rund 6900). Damit haben diese beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen eine Belastung von rund 2 300 000 erreicht. Wie erwartet, ist die Überlagerung gegenüber dem Vorjahre zum ersten Male etwas zurückgegangen; sie beläuft sich jetzt auf etwa 1 Million gegenüber rund 1 050 000 Anfang Oktober.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsjungen bei den Arbeitsämtern ist um mehr als 230 000 angewachsen, und es wurden am 15. November rund 3 484 000 Arbeitslose gezählt.

Gründung der Deutsch-Spanischen Gesellschaft. In Berlin im Plenarsaal des Reichstags fand am Montag die Eröffnungssitzung der neugegründeten Deutsch-Spanischen Gesellschaft statt. Anwesend waren u. a. Reichsminister Dr. Curtius und der spanische Botschafter. Die Aufgabe der Gesellschaft soll es sein, die zwischen Deutschland und Spanien bestehenden Sympathien zu pflegen und zu vertiefen.

Nachverhandlungen im Ruhrbergbau gescheitert. Über die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung des kürzlich ergangenen Ruhrstreikbeschlusses, der bekanntlich eine Verbeibehaltung der verlängerten Arbeitszeit bis September nächsten Jahres vorsieht, wurde am Dienstag im Reichsarbeitsministerium verhandelt. Eine Annäherung der Parteien konnte nicht erzielt werden. — Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister.

Ein ungarisches Dementi. Das Ung. Tel.-Korrespondenzbüro meldet: Einzelne ausländische Blätter verbreiten das Gerücht, daß ein russisch-italienisch-deutsch-ungarisches Bündnis in Bildung begriffen sei, und daß im Interesse des Aufkommens desselben Italien zwischen Ungarn und Rußland vermitteln. An zuständigen Stellen in Budapest wird mit aller Entschiedenheit erklärt, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

* Des Kanzlers Entschluß

Am letzten Samstag schrieben wir an dieser Stelle, „es sei selbstverständlich, daß der Reichskanzler alles versuchen werde, um mit dem Parlament zu einer Einigung über das Sanierungsprogramm zu gelangen, es sei aber auch ebenso selbstverständlich, daß er eine Verwässerung des Planes oder eine durch allerlei Abänderungsvorschläge verursachte Hinausschiebung der Erledigung nicht dulden könnte“. Der Reichskanzler hat in den letzten Tagen seine Besprechungen mit den einzelnen Parteien fortgesetzt und gewiß seinen guten Willen, mit dem Parlament zum Ziele zu kommen, genügend bewiesen. Aber er hat bald die Überzeugung gewinnen müssen, daß sich das Sanierungsprogramm wohl doch nur auf dem Wege der Notverordnung durchsetzen läßt. Bisher haben fast alle Parteien Abänderungsvorschläge einschneidender Art angekündigt. Wollte man über diese Abänderungsvorschläge verhandeln, dann könnte es bei dem parteipolitischen Durcheinander, das im Parlament herrscht, 1934 werden, bevor man zu einem Ergebnis kommt. In der letzten Sitzung des Reichstags hat Dr. Brüning, wie der badische Finanzminister kürzlich in einer Besprechung mit der hiesigen Presse mitteilte, dargelegt, daß eine Beschleunigung dringend geboten sei: „Jeder Tag kostet uns 50 Millionen!“

Der Kanzler hat sich zu dem Entschluß aufgerafft, rasch zu handeln. Und das Kabinett dürfte — mit Ausnahme des Herrn Bredt — geschlossen hinter ihm stehen, genau so wie der Reichstag, der durch seine Zustimmung am letzten Donnerstag die Position des Reichskanzlers politisch und moralisch noch ganz besonders gestärkt hat. Man nimmt an, daß schon bis zum 2. Dezember die Notverordnung erlassen sein wird.

Man wird dann abzuwarten haben, wie sich das Parlament zu dieser Notverordnung stellt, das heißt, ob es einen Mehrheitsbeschluß zustande bringt, welcher die Wiederaufhebung der Notverordnung verlangt. Man glaubt wohl nicht ohne Grund, daß sich eine solche Mehrheit nicht finden wird. Möglich wäre sie ja nur dann, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für Aufhebung der Notverordnung stimmen würde, oder wenn sich Deutschnationale, Nationalsozialisten, Kommunisten, Landvolk, Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei ihrerseits zusammentun würden, um die Notverordnung zu Fall zu bringen. Ganz ohne Risiko ist also der Entschluß des Reichskanzlers nicht. Aber Dr. Brüning wird sich dadurch nicht beirren lassen.

Besondere Schwierigkeiten verfassungsrechtlicher Art könnten bei der neuen Notverordnung durch die verfassungändernden Finanzgesetze (Finanzkontrolle der Länder und Gemeinden und Kürzung der Beamtengehälter in Ländern und Gemeinden) verursacht werden. In einzelnen Ländern und Gemeinden befindet sich im letzten Befolgungsgesetz vom Jahre 1927 ein Passus, wonach eine Kürzung vorgenommen werden könnte, nicht. Baden hat ihn bekanntlich. Natürlich wird die Notverordnung trotzdem erlassen werden, und die Reichsregierung wird abwarten, ob der Staatsgerichtshof angerufen wird.

Der Reichskanzler ist in seinen Entschlüssen sicherlich bestärkt worden durch den auffallenden Schritt des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei. Im Einvernehmen mit dem der Wirtschaftspartei angehörenden Reichsjustizminister Dr. Bredt hat der Ausschuss gestern einstimmig beschlossen, „die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning abzulehnen“, und zwar mit der Begründung, daß das Kabinett „keine Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft treibe“. Gleichzeitig hat sich die Wirtschaftspartei im Konflikt des Reiches mit Thüringen auf den thüringischen Standpunkt gestellt.

Man wird diese Angelegenheit mit großer Aufmerksamkeit, aber auch mit aller Besonnenheit und Ruhe zu betrachten haben. Der Vorwurf, das Kabinett habe sich in seiner Politik an die Sozialdemokratie angelehnt, ist geradezu Unsinn. Das Reichskabinett ist auch nicht um einen Millimeter von seinem gewiß nicht sozialistisch durchtränkten Programm abgewichen und wird auch nicht von ihm abweichen, mag sich die Sozialdemokratie so oder anders verhalten. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kürzlich bei der Beratung der Mißtrauensanträge für die Regierung gestimmt hat und wahrheitsgemäß auch nicht für die Aufhebung einer neuen Notverordnung stimmen wird, so ist das Sache der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion; die Politik des Kabinetts

wird dadurch nicht berührt. Der Reichskanzler wird denn auch, unbekümmert um den Beschluß der Wirtschaftspartei, seinen Weg weitergehen und wahrscheinlich das Reichsjustizministerium provisorisch durch den Staatssekretär Zoel verwalten lassen.

Etwas anders liegen die Dinge, wenn man sie vom Standpunkte der Politik einzelner Länder aus betrachtet. Zunächst ist es fatal, daß gerade in diesem Augenblick das Urteil des Staatsgerichtshofs in Sachen des Reichsbahnkongresses zwischen Reich und Ländern veröffentlicht wird, und daß dieses Urteil mit aller wünschenswerten Klarheit dem Reich Unrecht und den beeinträchtigten Ländern (Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden) Recht gibt. Es wäre sicherlich besser gewesen, wenn man es im Reich auf diesen Konflikt nicht hätte ankommen lassen. Aber Herr Brüning und sein Kabinett sind dafür nicht verantwortlich zu machen. Die Verantwortung für diesen Konflikt tragen frühere Kabinette, und wohl auch ein Teil jener hohen Reichsbürokratie, die sich noch nicht daran gewöhnt hat, die Existenzberechtigung der Länder zu respektieren.

Auch der Konflikt mit Thüringen hat in der letzten Zeit einen recht bedauerlichen Verlauf genommen. So wie der Staatsgerichtshof die thüringische Behauptung, daß die Vorwürfe gegen Thüringen auf dem Wege einer Bespitzelung durch Preußen zustande gekommen seien und im Wesentlichen der Grundlage entbehren, als richtig anerkennen sollte, würde das moralisch ein schwerer Schlag gegen die Autorität des Reichsinnenministeriums und der Männer sein, die auch in Preußen den Kampf gegen Thüringen mit unterstützt haben. Schon allein die Tatsache einer Bespitzelung selbst würde als etwas sehr Unangenehmes empfunden werden müssen. Niemand weiß zur Zeit, wie der Spruch des Staatsgerichtshofs ausfallen wird. Wer jedoch die Nachrichten der letzten Zeit unbefangen und aufmerksam verfolgt hat, wird sich schon jetzt des befremdenden Gefühls nicht ganz erwehren können, daß der Spruch dem Reich vielleicht doch nicht hundertprozentig Recht geben wird.

Hinzu kommt die Zuspitzung der parteipolitischen Gegensätze in Preußen. Sowie man erst einmal von dem Sanierungsproblem hinweg die Augen wieder auf dieses Kapitel unserer inneren Politik richtet, wird man wohl um die Erkenntnis nicht herumkommen, daß im Interesse einer ruhigen Entwicklung im Innern diese preußische Frage irgendwie gelöst werden muß. Ohne damit den Beifall der preußischen Zentrumspresse zu finden, haben die in sozialdemokratischen Händen befindlichen Verwaltungsstellen in Preußen eine Kampfstellung bezogen, die, so berechtigt sie in vielen Fällen sein mag, doch die Gefahr parteipolitischer Einseitigkeit und parteipolitischer Entgleisungen mit sich bringt.

Mit Ausnahme des Zentrums, dessen Stellung dank einer klugen und tatkräftigen Politik sehr fest und sehr günstig ist, empfinden eigentlich alle Parteien der bürgerlichen Mitte diesen Kampf zwischen Sozialdemokratie und der äußersten Rechten als eine schwere Belastung. Die Wählermassen auch der bürgerlichen Mitte drängen rein gefühlsmäßig zweifellos nach rechts. In Sachsen haben wir es kürzlich erlebt, daß die deutsch-volksparteiliche Landtagsfraktion mit ihrem Führer, Herrn Blüher, von der Wählerschaft in der schroffsten Weise desavouiert wurde, als die Fraktion sich bei den Wahlen zum Kammerpräsidium gegen den Nationalsozialisten festlegte.

Es wird immer mehr und mehr zum Glaubensbekenntnis der Parteien der bürgerlichen Mitte — wie gesagt mit Ausnahme des Zentrums —, daß man eine ganz scharfe „antimarxistische“ Politik treiben müsse, wenn man nicht eines Tages das zitternmäßige Aufgehen der eigenen Partei im Nationalsozialismus erleben wolle. Diese Angst ist jedenfalls ein Faktum, das kein Politiker in Deutschland unbeachtet lassen darf.

Die Politik wirtschaftlicher und finanzieller Sanierung wird natürlich durch dieses Faktum zunächst nicht berührt, und wir haben dem Kanzler dankbar dafür zu sein, daß er dieses Kapitel der Sanierung erst einmal in Ordnung bringt, bevor er sich andern Dingen zuwendet.

Schaffung eines deutschen Volkskundeatlas

Auf Einladung des Kultusministers Dr. Kemme fand im großen Saale des Innenministeriums eine aus ganz Baden besetzte Versammlung von Freunden der Volkskunde statt. Nach Begrüßungsworten des Ministerialdirektors Dr. Huber hielt Geh. Hofrat Prof. Dr. Panzer, Heidelberg, einen Vortrag über den neuen deutschen Volkskundeatlas, wobei er ausführte, daß das geplante Werk zu seiner Durchführung mehrere Jahre erfordere, und daß es ein nationales Unternehmen sei, das sich auf alle deutschsprachigen Länder, also auch auf die deutsche Schweiz, auf Österreich und auf die deutschen Sprachinseln im Ausland erstreckt. An dem Werk sollen sich alle Schichten der Bevölkerung beteiligen, damit es in Wahrheit eine „Volkskunde“ wird. Universitätsprofessor Dr. Eugen Fehrle, Heidelberg, ergänzte die Ausführungen des Vortragenden, besonders im Hinblick auf unsere badischen Verhältnisse. In Baden sind bis jetzt über 600 Fragebogen ausgegeben. Dr. Fehrle verbreitete sich dann über die Bedeutung der Volkskunde. Anschließend folgte eine interessante Aussprache. Dann wurden verschiedene Ausschüsse und ein Ehrenausschuß gebildet; in letzterem führt Unterrichtsminister Dr. h. c. Kemme den Vorsitz.

Moderne Zeitungsprobleme. Im Rahmen eines Vortragsabends des Vereins Karlsruher Presse, der die Mitglieder zahlreich im „Kroldil“ vereinigte, sprach Chefredakteur Kurt Fischer (Mannheim) über moderne Zeitungsprobleme. Ausgehend von den Problemen des in Verbindung mit dem neu zu schaffenden Straßengesetz gleichfalls zu revidierenden Pressegesetzes, die augenblicklich den Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigen, befaßte sich der Redner eingehend mit den Zu-

Aus den Ländern Wiederzusammentritt des württembergischen Landtags

Der württembergische Landtag ist am Dienstag nach fünfmonatiger Pause wieder zusammentreten. Bei Gelegenheit der Beratung verschiedener Anträge bezeichnete Staatspräsident Dr. Holz die Wichtigkeit der Ordnung der Reichsfinanzen als die wichtigste Frage und begründete die Zustimmung der württembergischen Regierung im Reichsrat zu den von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwürfen. Der Staatspräsident betonte auch, daß bei der jetzigen Wirtschaftslage die derzeitigen Beamtengehälter nicht gehalten werden könnten und daß die Beamten schlecht beraten sei, wenn sie gegen den Abbau von solcher Schärfe ankämpfe. — Der Abg. Mergenthaler (N.Soz.) brachte einen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium ein, weil dieses die Finanzgesetze der Reichsregierung im Reichsrat zugestimmt habe.

Närritt des Königsberger Rektors

Der Rektor der Königsberger Albertus-Universität, Professor André, hat sein Amt niedergelegt. Am Freitag voriger Woche kam es zu Studentenunruhen, worauf der Senat die Forderungen der Studenten annahm. Er veranlaßte ferner den Rektor, seine Weisung zurückzunehmen, wonach eine schwarzweiße Kranzschleife mit einer Aufschrift hatte entfernt werden sollen. Diese Desavouierung hat der Rektor mit dem Närritt beantwortet. In einem Erlaß wendet sich der preußische Kultusminister Grimme gegen die Beschlüsse des Senats, der unter dem Zwang von Unruhestiftern, die die akademische Disziplin schwer verletzt hatten, sich bereitgefunden habe, die vom Rektor erlassenen Anordnungen zu widerrufen. Zum Nachfolger Prof. Dr. André wurde Prof. Dr. Alfred Mitschlich, der Direktor der Landwirtschaftlichen Institute, gewählt.

Ablehnung aller Dedungsvorschläge in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Stadtvorordnetenversammlung hat sich am Dienstag zum letzten Male mit der Frage der Dedung des Defizits von 8,5 Millionen Reichsmark zu befassen. Trotz der Mahnung des Stadtkämmerers und des dringenden Appells des Oberbürgermeisters lehnte die Versammlung alle neuerdings eingebrachten Dedungsvorschläge ab und hob auch ihren letzten Beschluß, Kassenredire aufzunehmen, auf. Da durch einen solchen Beschluß formell die Möglichkeit genommen ist, den Bezirksauschuß zur Schlichtung des Streitigen anrufen, wird nunmehr der Staatskommissar über den Dedungsbeschluß zu entscheiden haben.

Zu den Ausschreitungen gegen die Deutschen in Oberschlesien wird aus Katowitz gemeldet: Der Gemeindevorsteher und der polnische Schulleiter in Hohenbirten sind wegen der Terrorakte gegen die deutsche Bevölkerung ihres Amtes entsetzt worden. Das Wohnwirtschaftsamt hat für die Geschädigten vorläufig 3500 Glatz zur Verfügung gestellt. 13 Personen, die der Beteiligung an den Terrorakten beschuldigt sind, wurden festgenommen.

Der Prozeß gegen die „Industriepartei“. In Moskau hat der Prozeß gegen die sog. „Industriepartei“ begonnen. Die Angeklagten Professoren und Ingenieure haben sich — wie aus Moskau gemeldet wird — schuldig bekannt. Die Angeklagten wurden beschuldigt, mit Frankreich zusammenzuarbeiten zu haben, um das bolschewistische System zu sabotieren.

Um das Schicksal der deutschen Grönlandexpedition, die seit Frühjahr d. J. auf dem grönländischen Inlandeis mit wissenschaftlichen Forschungen beschäftigt ist, ist man sehr besorgt. Die Expedition hatte auf der Mitte der grönländischen Eislappe in 3000 Meter Höhe 400 Kilometer von dem Ost- und Westrande entfernt, eine Beobachtungsstation errichtet, welche der Leiter der Expedition, Professor Wegener, mit Dr. Loewe, 13 Grönländern und einer entsprechenden Zahl Hundetransportschlitten Ende September für den Winter mit Proviant versorgt wurde. Seit zwei Monaten fehlt jede Nachricht von der Führergruppe. Allerdings ist Dr. Wegener einer der erfahrensten und erfolgreichsten Grönlandforscher der Welt; aber als ungünstiges Moment kommt hinzu, daß Wegener einen Vorstoß in völlig unbekanntes Gebiet unternommen hat.

Kleine Chronik

Das deutsche Volk trinkt immer weniger Bier. Seit der Erhöhung der Biersteuer um rund 50 Proz. ist der Bierkonsum zurückgegangen in Darmstadt um 31,1 Proz., in Dresden um 26,8 Proz., in Köln um 24,1 Proz., in Stuttgart um 23,1 Proz., in Berlin um 21,3 Proz., in München um 20,2 Proz., in Nürnberg um 18,3 Proz., in Oberschlesien um 13,5 Proz., in Schleswig-Holstein um 11,1 Proz.

Das Kurische Schiff an der Ostpreussischen Grenze wurde in den letzten Tagen von einem ortsanartigen Sturm heimgeführt, dem insgesamt elf Schiffer zum Opfer fielen. Infolge Hochwasser wird die Lage der Küstenbewohner immer verzweifelter. Schwererkrankte müssen in Betten gepackt unter Lebensgefahr zum nächsten Ort geschafft werden; Tote können nicht beerdigt werden. Die Reiche, welche in diesem Herbst erhöht wurden, sind teilweise fortgeschwemmt worden. Es wird dringend Hilfe verlangt.

Levine ist, wie aus Wien gemeldet wird, gegen Stellung einer Kaution von 50 000 Schilling aus der Haft entlassen worden. Er darf Wien nicht verlassen.

sammenhängen zwischen Presse und Staat. Auch die engen Bindungen zwischen Presse und Parlamentarismus fanden eine eingehende Behandlung. So, wie der Tagesjournalist unabhängig bemüht sei, dem Tagesgeschehen ein getreuer und objektiv denkender Chronist zu sein, so erwachte ihm aus den Regungen der neuen Zeit immer wieder neue Probleme, die zu ergründen und zu erfassen seine besondere Aufgabe sei. In jüngerer Zeit wendete in ihrer geistigen und wirtschaftlichen Struktur auf neuen Wegen, die der Journalist im gleichen Tempo mitgeht. So wurde aus der Nachrichtenzeitung der Jahrhundertende ein Faktor, der als wahrheitsgetreuer Spiegel des gesamten Lebens eine mehr als wichtige Bedeutung erlangt habe. Dieser Erkenntnis habe sich die Welt von heute nicht verschlossen. Immer mehr werde die Tageszeitung als sicherer Ort für die Läuterung aller Strömungen erkannt, die dem vielgestaltigen Leben einer neuen Zeit entspringen. Wenn deshalb die Tageszeitung von 1930 teilweise schon in den Schulen als Lehrstoff Eingang gefunden habe, wenn die deutschen Universitäten für sie besondere Lehrstühle errichtet hätten, und wenn sich die Tätigkeit des Redaktors immer mehr zu einem Studiengebiet von besonderer Eigenart gestalte, so sei das der Beweis dafür, daß die Tageszeitung mit ihnen immer neu erwachenden Problemen ein Stück des Lebens selber sei. Chefredakteur Fischer wußte diese großen Zusammenhänge in bildkräftiger Sprache eindringlich darzutun. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte er sich dann mit dem Problem der Amerikanisierung der deutschen Presse, an die nicht zu glauben sei, solange die deutsche Zeitung sich ihren Charakter als Individualzeitung erhalte. Der Vortrag löste eine lebhaft Diskussion aus, in der auch Probleme der modernen Zeitungstechnik eingehend behandelt wurden.

Für die Kleinstwohnung

Von Wilhelm Ludowici jr., Dr.-Ing.
Sodagrim (Rheinfalz)

II. (Schluß)

Sehr häufig werden für die Beurteilung solcher Kleinstwohnungen auch Formeln und Vorschriften verwendet, die sich lediglich auf Faustregeln stützen, denn eine wissenschaftliche Erforschung des Hausproblems hat erst in den letzten Jahren eingesetzt, und wir stehen auf diesem Gebiete noch in den ersten Anfängen.

So werden bei uns auch sehr viele Urteile gegen das in Amerika weit verbreitete Klappbett laut, die sich leider nicht auf Erfahrungen und wissenschaftliche Forschungsarbeiten stützen, sondern lediglich von Vorurteilen und reinen Überlegungen ausgehen. Auch hier möchte ich den Vorschlag machen, von den Tatsachen auszugehen und vor der Bildung eines Urteils erst einmal eine einwandfreie Unteruchung des Problems durchzuführen. Die europäischen Nachahmungen dürfen nicht als Maßstab genommen werden. Ich habe in Amerika absichtlich ein derartiges Apartment kurze Zeit bewohnt, um mir über die dagegen möglichen Bedenken ein Urteil bilden zu können. Hierbei ist festzustellen,

1. daß die amerikanischen Klappbetten trotz ihrer Konstruktion und ihrer Preiswürdigkeit an Bequemlichkeit und Güte einen großen Teil der europäischen festen Betten übertreffen. Für Kleinstwohnungen ist eine Lösung mit Klappbetten jedenfalls einer Schlafkammer vorzuziehen, welche, wie dies bei den ausgeführten Entwürfen eines ausländischen Architekten der Fall ist, nach Abzug der Betten nur noch ungefähr 3/4 Quadratmeter (!) Bodenfläche in dem Zimmer übrig läßt;

2. daß sich das Bett, welches mühelos und schnell in eine „entlüftete Kammer“ geflappt werden kann, wesentlich besser entlüftet und infolgedessen hygienischer ist als ein stationäres Bett, das meistens nur einige Stunden am Tage aufgedeckt und gelüftet wird. Das Klappbett ist dagegen in der entlüfteten Kammer mehr als 12 Stunden einer ständigen gründlichen Entlüftung ausgesetzt und deswegen mindestens ebenso hygienisch wie das stationäre Bett.

Ein äußerst wichtiger Punkt hierbei ist es noch, daß nicht wie bei dem üblichen Schlafzimmer zur Lüftung des Bettes der ganze Raum übermäßig lange gelüftet werden muß. Offenbar wäre für den Luftwechsel im Raum eine viel kürzere Zeit ausreichend, wodurch Wärmeverluste der Wohnung vermieden würden.

Die Idee eines „Universalzimmers“ ist am konsequentesten durch einen Wiener Gelehrten, Dr. Felix Groh, verfolgt worden, welcher die Verwandlungstechnik sehr weitgehend durchgebildet hat. Seine interessanten Vorschläge sollen hiermit nicht restlos befürwortet werden.

Die Frage der Lüftung wird überhaupt nicht genügend beachtet. Es ist sehr begründbar, daß die Reichsforschungsgesellschaft eine Untersuchung in dieser Richtung durch Mengeringsbauern unterläßt hat. Seine als Mitteilung 46, Juli 1929, veröffentlichte Arbeit betrifft zwar nur die Rückenentlüftung, macht aber immerhin ganz allgemein wertvolle Angaben für die Entlüftung einer Wohnung. Die Angaben, welche hierin für die richtige Anlage der Fensterlüftung sowie über die Verteilung von Unterdruck und Überdruck in den Wohn- und Wirtschaftsräumen gemacht werden, sind sehr beachtenswert.

Zum Vergleich mit unseren dahingehenden Erfahrungen und Unterlagen seien hier einige amerikanische Regeln angeführt. Durch die Undichtigkeit eines Wohnraums, wie Tür- und Fensterspalten usw., wird ein besonders für die Bemessung des Heizungsverlustes wichtiger Luftwechsel hervorgerufen, welcher je nach Art und Lage des Raumes mit einem ein- bis dreimaligen Luftwechsel pro Stunde angenommen wird. Für die Anlage der Ventilation wird besonders betont, daß man eine direkte Ausgleichbewegung zwischen der Einlassöffnung und der Auslassöffnung der Ventilationsluft vermeiden muß. Hierzu wird darauf hingewiesen, daß eine wirklich gründliche Ventilation des Raumes nur dann möglich ist, wenn Einlaß- und Auslassöffnung sich in der gleichen Wandfläche befinden und die Auslassöffnung mindestens zwei Meter über der Einlassöffnung angebracht ist. Weiterhin wird betont, daß die Luftfeuchtigkeit immer auf einer bestimmten Höhe gehalten werden muß, wenn sich die darin aufhaltenden Menschen wohl fühlen sollen. In einem sonst genügend stark geheizten Raum kann eine geringe Luftfeuchtigkeit dazu führen, daß man sich kalt fühlt. Für Wohnräume wird ein zweimaliger Luftwechsel pro Stunde angegeben. Konsequent durchgeführt findet man solche Lüftungseinrichtungen in den amerikanischen Hotelbauten, wo man sich von ihrer Wirksamkeit überzeugen kann.

Bei uns ist für Wohnräume ein fünfmaliger Wechsel der Luft pro Stunde als obere Grenze angesehen, bei deren Überschreitung Zugserscheinungen auftreten sollen. Es ist dies natürlich eine Faustregel, da das Auftreten von Zugserscheinungen sehr von der Art des Luftwechsels und nicht allein von seiner Höhe abhängig ist. Die Bezugnahme auf den Luftinhalt der Räume bei solchen Faustregeln kann natürlich für die Beurteilung eines bestimmten Falles zu falschen Urteilen führen. Richtiger ist es immer, von dem für den einzelnen Menschen nötigen Luftbedarf in Kubikmeter pro Stunde auszugehen. Die Lüftung muß dann so eingerichtet werden, daß das Luftquantum stündlich zugeführt wird, welches dem gesamten Luftbedarf der im Raume befindlichen Personen entspricht.

Nachdem wir bis heute als eines der ärmsten Völker teure und luxuriöse Wohnungen gebaut haben, sind wir heute auf dem Wege, in das Gegenteil zu verfallen und in einer prinzipiellen, gerechtfertigten Abgabe an Luxus und Komfort auch solche moderne Errungenschaften über Bord zu werfen, welche neben den hygienischen Vorteilen auch nachweisbare Ersparnisse an Raum und Kosten bringen. Hierzu gehört der eingebaute Schrank. Allerdings gehört zur Beurteilung dieser Frage eine völlige Ehrlichkeit, welche uns sehr oft auf diesem Gebiete noch fehlt. Das Ziel ist doch schließlich und endlich die Schaffung einer vollkommenen Wohnmöglichkeit. Fundamente, Hauswände und Dach sind noch lange kein Haus, sondern zunächst nichts als ein Kasten. Ein Haus wird daraus erst gemacht, wenn diese Baukonstruktion nicht nur von innen heraus gegliedert und entwickelt ist, sondern auch wirklich alles das enthält, was eine Wohnung ausmacht. Hierzu gehören verschiedene Einrichtungsgegenstände, welche bisher als persönliches Eigentum des Wohnenden betrachtet worden sind. In einer Zeit, in der diese Einrichtungsgegenstände durch besondere künstlerische Gestaltung eine persönliche Note tragen und eine gewisse gute Familientradition verkörpern, war dies auch berechtigt. Heute ist aber ein großer Teil dieser Einrichtungsgegenstände rein zweckmäßig gestaltet worden und hat in seiner reinen Sachlichkeit jede persönliche Note verloren.

Zu diesen Einrichtungsgegenständen zählt vor allem auch der Schrank. Er war in früheren Zeiten ein Kunstwerk, das sich weiter vererbte und oft einen Umfang annahm, welcher fast einer modernen Schlafkammer gleichkam. In einer Zeit der Seßhaftigkeit war er auch nicht wie späterhin ein Transportproblem bei den immer häufiger werdenden Umzügen einer Familie. Außerdem hatten die Menschen damals noch Zeit, solchen kostbaren Hausrat zu bewundern und vor allem abzustauben. Über den Schrank, welcher sich von unten unsichtbar auf dem Schrank selbst ablagerte, machten sich diese Menschen auch kein Kopfrechen da sie in einer glücklichen Unkenntnis über Bakterien und Infektionen lebten. Der heutige Schrank ist dagegen ein rein sachlicher Einrichtungsgegenstand, und wir können es nicht als eine „Ersparnis“ ansehen, wenn wir es vermeiden, diesen Schrank einzubauen. Er erscheint dann zwar nicht in den Baukosten und in der Miethöhe, aber er belastet mit seinen Anschaffungskosten nicht nur den einzelnen Haushalt, sondern er frisst den Platz in den ohnehin schon kleinen Wohn- und Schlafräumen und ist unhygienisch. Es ist doch zweifellos eine schwere Selbsttäuschung, wenn wir in der Verschiebung der Schrankkosten von der Baurechnung auf die Haushaltsrechnung eine „Ersparnis“ erblicken wollen, obwohl uns noch nebenbei bekannt ist, daß die Kosten für den durch den Schrank geschaffenen Lagerraum hierdurch noch gesteigert werden. Wir sollten also das wohnfertige Haus in unseren Berechnungen immer als Ganzes betrachten.

Badischer Teil

Zur Preissenkung in Baden

Im Ministerium des Innern fand am Montag beim Herrn Staatspräsidenten eine Aussprache mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe über die zur Preissenkung in Baden zu ergreifenden Maßnahmen statt, nachdem bereits in der letzten Woche eine ähnliche Besprechung des Herrn Staatspräsidenten mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorausgegangen war und Vertretungen des Handwerks und Handels über die Preisgestaltung auf dem Gebiete des Nahrungsmittelwesens gehört worden waren.

Dienststrafverfahren gegen einen kommunistischen Stadtrat. Der Vorkämpfer Stadtrat hat beschloffen, gegen ein kommunistisches Mitglied Antrag auf Einleitung eines Dienststrafverfahrens zu stellen, wegen Bruchs der Vertraulichkeit der Sitzungsverhandlungen.

Literarische Neuerscheinungen

E. D. Goppé: Deutsche Arbeit. (Verlag Allstein, Berlin, Preis: Ganzleinen 5 M.) — Von den Stätten „Deutscher Arbeit“ erzählt ein Bildatlas, der soeben im Verlag Allstein erschienen ist. 150 der schönsten photographischen Aufnahmen von E. D. Goppé, dem wir schon so viele meisterhafte Bildwerke verdanken, sind in diesem Buch in herrlicher Reproduktion vereinigt. Alles, was dieser Künstler der Optik mit seiner Linse einfängt, gewinnt eigenes Leben. Da sind Hafenbilder, die den Salgerruch ferner Meere atmen, da sind Fördererle, die wie Wahrzeichen des schweren Bergmannslozes in den grauen Himmel ragen, da sind Schienen, deren Lauf uns in fremde Länder zu führen scheinen, da sind Krane und Schiffe, Hochöfen und Brücken, Mäher und Walzen. Diese Bilder mit ihren kurzen schlagwortartigen Erläuterungen im Anfang bringen uns den Geist moderner Technik näher als langatmige Abhandlungen. Nichts von den täglichen Berufs Sorgen, nichts vom Haften der Massen zur Arbeit will das Buch schädern, es entruht die Arbeitsstätten dem grauen Alltag und zeigt sie in ihrer phantastischen, oft grandiosen Schönheit. Mit Recht betont Bruno S. Würzel in seiner Einführung, daß „Deutsche Arbeit“ der Kol ist, um den sich unser Wiederanstieg dreht, der allen Deutschen gemeinsam ist.

Hans Schimant: Epochen der Naturforschung. Leonardo—Kepler—Paradise. (In Halbleder geb. 2,90 M., Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2.) — Mit der Unparteilichkeit des Historikers vereinigt der Verfasser einen lebhaften Sinn für die geistige Entwicklungsrichtung der Gegenwart. Sein sicherer Überblick über den Stand der heutigen Forschungsarbeiten ermöglicht ihm, aus der Gedankarbeit früherer Zeiten das dauernd Bedeutende und das für die Zukunft Wichtige hervorzuheben. Die vom B.D.V. eingeführte wissenschaftliche Jahresreihe, die von hervorragenden Gelehrten bearbeitet wird, erweitert sich als eine vorzügliche Einrichtung, weiteste Kreise mit den Ergebnissen der neuesten Forschungen auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft bekannt zu machen.

Die Verlegung der Schloßwirtschaft in Heidelberg

In dieser Angelegenheit, die in letzter Zeit mehrfach Gegenstand lebhafter Presseerörterungen war, hat der Finanzminister an den Oberbürgermeister in Heidelberg am 24. d. M. nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Nachdem Sie der Verlegung der Schloßwirtschaft nicht mehr zustimmen und nachdem die Öffentlichkeit nicht bereit ist, mitzuwirken, um die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die das Gebiet des ehemaligen hortus Palatinus verstellenden Wirtschaftsgebäude beseitigt werden können, kommt für mich eine nähere Prüfung der mir vorgelegten Abänderungsvorschläge nicht mehr in Betracht. Ich werde die bisherige Schloßwirtschaft im geeigneten Zeitpunkt zur Verpachtung wie bisher ausschreiben.

Tagungen

Eine Badische Landesverbandstagung der Deutschen Friedensgesellschaft fand in Karlsruhe statt. Die Organisation zählt heute nahezu 100 Ortsgruppen in Baden. Die Versammlung stellte fest, daß die vielfach verbreitete Behauptung, die Friedensgesellschaft werde durch ausländische Regierungsgelder unterstützt und erhalte von dort aus politische Direktiven, absolut unmaßgeblich sei. Ebenso unmaßgeblich sei, daß der frühere Führer der D. F. G., der Robelfriedenspreissträger Prof. Quide, seinen Austritt aus der D. F. G. erklärt habe. Der bisherige Landesvorstand, Hauptlehrer Haebler (Karlsruhe), Prof. Dr. Keller und Prof. Gaujer (Freiburg), wurde wiedergewählt.

Der Landesverband selbst, badischer Schmiedemeister hielt in Bruchsal einen Obermeisterabend, der von 32 (von 52) Zünften besucht war, vom Herrn Landesverbandsvorstand Herr Röhler, Lehr, geleitet wurde. Die Landesverbandstagung 1931 findet in Bruchsal statt. Dem Förderer des Handwerks und Ehrenobermeister der Schmiedezunftgattung Schäufele, Bruchsal, wurde anlässlich eines 40jährigen Geschäftsjubiläums durch den Handwerkskammerpräsidenten Jsemann eine Ehrenurkunde überreicht.

Gefallene Steuerwerte Die Ungunst der Zeitverhältnisse kommt auch deutlich in dem Gefällenswert der Stadt Tauberbischofsheim zum Ausdruck. Liegenschaftsbesitz, Betriebsvermögen, Gewerbevermögen und Kapitalertrag erreichten im Jahre 1914 16 917 790 Reichsmark, 1930 nur noch 8 394 500 Reichsmark.

Aus der Landeshauptstadt

Wegen Verleumdung des Ministers Dr. Kemmele zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht Karlsruhe verurteilte am Dienstag den 40 Jahre alten Händler Georg Reibholz aus Karlsruhe wegen Verleumdung des Ministers Dr. Kemmele zu fünf Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hatte am 4. Oktober d. J., nachmittags, in einem Personenzug auf der Strecke Graben-Karlsruhe in angetrunkenem Zustand erklärt, Minister Kemmele hure in Lugano mit unserem Gelde herum. Der Angeklagte erklärte in der Verhandlung, sich an nichts mehr erinnern zu können, doch bestätigten zwei Zeugen, daß die inframirierte Äußerung tatsächlich gefallen ist.

Starkes Fernbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule registrierten gestern abend ein starkes Fernbeben. Der Beginn der Aufzeichnungen erfolgte 20,15,40 Uhr. Die Bewegung erreichte um 21 Uhr ihr Maximum. Gegen 22 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Die Herdentfernung beträgt 9500 Kilometer.

Die gelben 50-Pf.-Stücke. Die 50-Pfennig- und Reichspfennig-Stücke aus Aluminiumbronze werden eingezogen. Außer den mit der Einföhrung beauftragten Kassen ist niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Sie werden aber bis zum 30. Nov. 1931 bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem Nennwert sowohl in Zahlung als auch zur Umrechnung angenommen.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Der große Jille-Film „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“ erlebt zur Zeit eine Wiederholung und findet allabendlich ein dankbares Publikum. Wir haben bereits bei der Eröffnung dieses Films anerkennende Worte mit auf den Weg gegeben. Es erübrigt sich deshalb, nochmals darauf einzugehen. Wer aber diesen Film noch nicht gesehen hat, möge das bald nachholen. — Für unsere Jugend läuft seit Samstag und die folgenden Tage ein Regierpielfilm. Die Aufnahmen stammen aus unserem ehemaligen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika. Als Beifilm läuft die Humoreske „Man zieht um“. Auch an dieser Spielfolge sieht man, daß sich die Lichtspielleitung alle mögliche Mühe gibt, den Besuchern etwas zu bieten.

Kunst und Technik. Aufsätze. Herausgegeben von Professor L. Kestenberg, Ministerialrat im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Reichsillustriert. (In Halbleder gebunden 6,50 M., Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2.) — Schaffende Künstler und Männer der Wissenschaft setzen in diesem inhaltsvollen Bunde auseinander, wie weit durch die Entwicklung die Technik, Kunst und Bildung gefördert werden können, welche Schwierigkeiten und Gefahren entstehen. Um einen Begriff von der Vielseitigkeit dieses Wertes zu geben, seien hier die Autoren und die von ihnen behandelten Thematika genannt: Cassirer, Form und Technik; Hönigsheim, Musik und Gesellschaft; Meier, Technische Grundlagen und Bedingungen in der mechanischen Musik; Preußner, Musik und Technik in der Geschichte der Musik; Krenkel, Der schaffende Musiker und die Technik der Gegenwart; Gerberger, Technik und Recht im Bereiche der Musik; Gardt, Wort und Rundfunk; Wöndelberg, Sprache und Technik; Erbsprinz Reuß, Theater und Technik; Voemann, Organisation des deutschen Rundfunks; Werzmann, Musikpädagogik im Rundfunk; Rutting, Das Verhältnis des schaffenden Musikers zum Rundfunk; Waltershausen, Allgemeine musikalische Probleme des Rundfunks; Ruttmann, Technik und Film; Pringsheim, Filmmusik; Küngenmeister, Tonfilm als Faktor in Technik, Wirtschaft und Kultur; Weher, Musik und Tonfilm; Gronostan, Die Schallplatte im kulturellen Leben unserer Zeit; Warschauer, Die Zukunft der Technisierung. Das Buch bedeutet eine große Bereicherung der modernen Kunstlehre und Kulturphilosophie und repräsentiert in seiner vornehmen Ausstattung und seinem geringen Preis die hohe Leistungsfähigkeit des Volksverbandes der Bücherfreunde.

Kurzgefaßte Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis in die Gegenwart. Ein Volksbuch von Eduard Engel. 37., neu bearb. und ergänzte Aufl. 76.—77. Tausend. (Leipzig, Giese & Bieder Verlag, Groß 80. 447 S. Mit 77 Bildnissen und 33 Handschriften. Gebunden 8 M. in

Badisches Landestheater. Der Versuch, die Jugkraft der Operette „Meine Schwester und ich“ auch durch Wochenendvorstellungen im Konzerthaus auszunützen, ist in so überraschendem Maße geglückt, daß sich die Generaldirektion zu weiteren Wochentagswiederholungen entschlossen hat, deren nächste am Freitag, dem 28. November, stattfinden wird. — Das Preisauschreiben auf dem Titelblatt des Almanachs des Badischen Landestheaters ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird in der Zeit vom 7. bis 13. Dezember im Programmheft des Badischen Landestheaters bekanntgegeben.

Agnes Delfarto, die sich leider drei Jahre nicht mehr in der badischen Landeshauptstadt blicken ließ, ist jedem Freunde des heiteren Lautengefangs als „die“ Lautensängerin bekannt. Es braucht daher wohl nur kurz auf ihr Wiederauftreten am morgigen Donnerstag, den 27. November, hingewiesen zu werden, um den Bürgerjaal des Rathauses zu füllen. Der Vorverkauf bei Kurt Neufelst, Waldstr. 81, und bei Viefelsfeld am Marktplatz ist in vollem Gange.

Die 11. Kunstauktion der Galerie Noos, Kaiserstraße 187, findet am kommenden Freitag, den 28. November, und Samstag, den 29. November, jeweils nachmittags 3—7 Uhr in den Räumen der Galerie statt. Sämtliche zur Verfeigerung gelangenden Gegenstände sind heute und morgen (28. und 27. November) zur Vorbeichtigung ausgestellt. Eintritt frei. Über 100 Gemälden alter und neuer Meister, darunter Werke von Professor Bergmann, Dill, Hellweg, Schirmer, Schönleber, Weisshaupt, Zid und aus den Nachlässen von Duffault, Wilhelm Volz und K. Wehler gelangen über 30 Persepolisplatten und Brücken, darunter viele wertvolle Sammlerstücke, ferner Antiquitäten aller Art, antike Möbel, wie: Wiedermeierstisch, Sofa, Barockstuhl usw. zum Ausgebot. Außerdem befindet sich unter den Objekten ein vollständiges chinesisches Zimmer mit Buddhadakar. Den Interessenten steht ein gedrucktes Verzeichnis gratis zur Verfügung.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei Zufuhr ozeanischer Luft durch zeitweise stärkere Südwestwinde haben wir bisher milde und veränderliches Wetter mit Regen behalten. Am Armeikanal sind wieder kühlere maritime Luftmassen angekommen, die im Laufe des morgigen Tages unser Gebiet in Begleitung böiger Winde und Regenschauer erreichen werden. Voraussage: Leichte Abkühlung, zeitweise Regenschauer bei starken Westwinden, später aufheiternd, im Hochschwarzwald Niederschläge, wieder in Schnee übergehend.

Wasserstände: Waldshut 348—10, Bafel 173—10, Schufersinsel 243—14, Rehl 411—11, Maxau 672—17, Mannheim 690—20, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. November		25. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.63	168.97	168.56	168.90
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.32	112.04	112.26
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.351	20.391	20.342	20.382
New York 1 D.	4.1910	4.1990	4.1895	4.1975
Paris . . . 100 Fr.	16.456	16.496	16.453	16.493
Schweiz . . . 100 Fr.	81.125	81.285	81.12	81.28
Wien 100 Schilling	58.995	59.115	58.965	59.085
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.45	12.425	12.445

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 17. bis 22. November 1930 auf 91,8 gegenüber 93,5 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 81,0 (82,4) und Gruppe Handel und Verkehr auf 115,0 (116,5).

Basler Beratungen über den internationalen Devisenaustausch. Gemäß dem auf der Tagung des Verwaltungsrats der B.Z.B. vom 10. November gefassten Beschluß trat am Montag in Bafel ein kleines Komitee, bestehend aus den Devisensachverständigen der Zentralnotenbanken Deutschlands, Frankreichs, Englands und der Schweiz zusammen, um die Erleichterung des Devisenaustausches zwischen den einzelnen Ländern zu erörtern. Die Deutsche Reichsbank ist durch den Leiter ihrer Devisenabteilung, Reichsbankdirektor Dr. Fuchs, vertreten. Die Beratungen erstrecken sich einmal auf die Frage des Ausgleiches zwischen den Märkten mit Geldüberfluß und denen der Geldarmut, und zum anderen auf das Problem der Schaffung eines Devisenclearings bei der B.Z.B.

Heinrich Lanz AG., Mannheim. Die Generalversammlung, die ursprünglich zum 3. Mai einberufen war und die den Abschluß für 1929 genehmigen soll, ist jetzt endgültig auf den 13. Dezember angelegt worden. Bekanntlich bleibt die Gesellschaft dividendelos.

Ganzleinen 10 M.). — Der bekannte Literaturhistoriker Eduard Engel hat mit seiner „Kurzgefaßten Deutschen Literaturgeschichte“ ein treffliches Hand- und Hausbuch geschaffen. Ein feiner Kenner macht hier gleichsam Inventur und breitet vor dem Leser all die Schätze aus, die uns Deutschen niemand rauben kann. Ein ganz besonderer Vorzug des Buches ist es, daß Engel nicht bloß berichtet, sondern auch allerlei Proben gibt: Gedichte, Aphorismen, Briefstellen u. a. Dadurch erhält sein Werk eine Farbigeit, die vielen gelehrten Literaturgeschichten fehlt. Wer Stichproben macht, wird merken, wie genau der Verfasser Bescheid weiß, nicht bloß in der älteren Literatur, sondern auch in den Erzeugnissen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart. Kurz, das Werk entspricht in der vorliegenden Form allen Anforderungen, die man an einen solchen Führer stellen muß. Gebildeten Laien und allen nach Bildung Strebenden darf man es ohne Einschränkung empfehlen. Dankschwert ist das Verzeichnis leistungswertiger Bücher, dankschwert auch das ausführliche Register. Die Ausstattung des Bandes darf man reichhaltig loben. Der Preis ist, bei Würdigung des gebotenen reichen Inhalts, als sehr mäßig zu bezeichnen.

Hed-Proskauer: Aus der Wildnis in den Zoo. (Verlag Allstein, Berlin. Preis in Ganzleinen 5 M.) — Ein neues Jagd- und Abenteuerbuch. Kreuz und quer durch die Paradiese Afrikas, und reiche Beute an seltenen Tieren und Tierbildern brachte er heim. Was er sah in der Wildsteppe, am abessinischen Fürstentum, in den Städten Medaura und Abdis Ababa, auf abendlichen Lager-Palavern, was er erlebte mit Tieren und Menschen, wie er mit Wilsicht und Wüchse jagte, erzählt er hier. Freude an seltener Landschaft und am Abenteuer der Karawanenreise durch unberührtes Land, außerordentliche Kenntnis des Tierreichs, Freude des wahren Jägers und Tierfreunds an edler Beute und echtem Verständnis für die Biologie der Tiere spricht aus diesem Buch, das eine wahre Fundgrube für jeden Tierfreund ist. Ein schwer zugängliche Welt erschließt sich da, schönstes Leben der freien Kreatur und des naturnahen Menschen. Das Buch ist reich illustriert.

Gemeinderundschau

Zu den Karlsruher Stadtratswahlen am 8. Dezember haben sich 5 Kathhausparteien geeinigt (Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Cv. Volksdienst, Deutschnationale Partei und die Wirtschaftspartei), eine gemeinsame Kandidatenliste aufzustellen. Nach der Zahl der auf die 5 Parteien entfallenden Stimmen bei der Gemeindevahl haben diese Parteien Anspruch auf 4 Stadträte. Man hat sich dahin geeinigt, daß die Deutsche Volkspartei, die Staatspartei der Cv. Volksdienst und die Wirtschaftspartei je einen Stadtratssitz erhalten sollen. Die Deutschnationale Partei, die nur zwei Stadtratsverordnetenstellen erobert konnte, soll im Falle des Ausscheidens einer der 4 Stadträte diesen Sitz bekommen.

Wintermaßnahmen. Der Stadtrat Karlsruhe hat folgende Maßnahmen beschlossen: 1. Die Nichtsätze des Fürsorgeamts dürfen in der Zeit vom 1. Dezember 1930 bis 31. März 1931 bis zu 10 Prozent überschritten werden. 2. Pflanzarbeiten erhalten an diesen Tagen unentgeltlich ein warmes Essen. 3. Das Fürsorgeamt wird ermächtigt, im allgemeinen 2 Zentner Brennstoff pro Familie monatlich auszugeben. — Bei der Abgabe von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln soll nicht engberzig verfahren werden. Die notwendigen Wärmestunden hat das Fürsorgeamt bereits eingerichtet, auch wurden verschiedene Notstandsarbeiten beschlossen, durch die 230 Fürsorgearbeiter beschäftigt werden. Die Durchführung der getroffenen Maßnahmen erfordert einen Aufwand von ca. 30—35 000 Reichsmark, der aus den durch die am 1. Februar 1931 eintretenden Gehaltskürzungen frei werdenden Mitteln gedeckt werden soll.

Kartoffeln für Arbeitslose. Der Gemeinderat Eberbach beschloß, mit Rücksicht auf die Notlage der arbeitslosen Bevölkerung zwei Waggons Kartoffeln zum Preise von 1,50 M den Zentner an die Arbeitslosen abzugeben. Die Differenz zwischen dem Ein- und Verkaufspreis in Höhe von 70 Pf pro Zentner soll auf die Stadtkasse übernommen werden.

Der ungedeckte Aufwand in Freiburg. Aus der Begründung des Stadtrates für die Einführung der Bürgersteuer in Freiburg geht hervor, daß die Mehrausgaben gegenüber dem genehmigten Voranschlag für 1930 jetzt schon 853 000 M betragen. Davon entfallen auf die Fürsorgekasse 360 000 M, auf die Krisenfürsorge 26 000 M und auf den höheren Zuschuß an die Straßenbahnkasse 96 000 M. An Warenaufnahmen ergeben sich 211 000 M, an Mehreinnahmen aus verschiedenen Positionen 40 000 M, so daß 853 000 M zu decken sind.

Kreisrat Waldshut. Am 5. November d. J. waren 45 Jahre verflossen, seitdem Kreisamtmann Götz seine Beamtenlaufbahn durch Eintritt beim Amtsgericht Wertheim begonnen hat. In der letzten Sitzung nahm der Vorsitzende, Rechtsanwalt Siebert, Waldshut, Veranlassung, Kreisamtmann Götz zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche darzubringen. Er hob auch die großen Verdienste des Kreisamtmanns auf dem Gebiete der Caritas durch die Leitung des Sanitätskolonnenwesens hervor und erinnerte an das Dank- und Anerkennungs-schreiben des Ministers des Innern an den Gefeierten für sein langjähriges Wirken im Dienste der Allgemeinheit. Der Kreisvorsitzende übermittelte ferner die Glückwünsche des Landeskommissars in Konstanz, sowie des Bezirksamts Waldshut. Bürgermeister Trunzer, Säckingen, schloß sich den Dankworten an, indem er der Verdienste des Kreisamtmanns um das Landarmenwesen gedachte. Kreisamtmann Götz dankte in herzlichster Weise und versicherte, daß er auch in Zukunft seine ganzen Kräfte einsetzen werde.

Um die zollfreie Straße Waldshut-Lörrach. Wegen der Ausführung der zollfreien Straße von Waldshut nach Lörrach teilte der badische Finanzminister der Handelskammer Schopfheim auf deren Eingabe mit, daß die Absicht bestehe, diesen Wunsch bald zu verwirklichen und für die finanzielle Unterstützung den Westhilfsfonds in Anspruch zu nehmen. Aus den Mitteln, die dem Lande Baden für 1930 zugeteilt werden, könnte aber für das Projekt nichts mehr verteilt werden, da eine große Anzahl sonstiger dringender Bedürfnisse von Gemeinden und Kreisen berücksichtigt werden müßte. Es sei aber in Aussicht genommen, aus dem Betrag, der für 1931 zur Auszahlung komme, für die zollfreie Straße einen ersten Teilbetrag vorzusehen.

Kreislandwirtschaftsschule Engen. Die im vorigen Jahr eröffnete Kreislandwirtschaftsschule Engen hat am 5. November d. J. mit ihrem zweiten Unterkurs und am 10. November mit ihrem ersten Oberkurs den Unterricht wieder begonnen. Die Schülerzahl beträgt im Unterkurs 20, im Oberkurs 14.

Warum die Nationalsozialisten in Überlingen zu wenig Kandidaten aufstellten. Die Nationalsozialistische Partei, Ortsgruppe Überlingen, die bekanntlich zu den Gemeindevahlen nur 8 Kandidaten aufstellte, während 13 gewählt wurden, erklärt, daß sie nicht in der Lage gewesen sei, mehr Kandidaten aufzustellen, da die damalige Stärke der Ortsgruppe es verbot, mehr Mitglieder als acht auf die Wahlvorschlagsliste zu bringen. — Auch in Stühlingen stellten die Nationalsozialisten, ähnlich wie in Überlingen, nur 6 Kandidaten auf, während sie 11 Sitze errangen. Das Zentrum konnte die fünf Sitze, die nach der Wahlordnung zu verteilen sind, erringen.

Erhebung von Mühlader zur Stadtgemeinde. Das württembergische Staatsministerium hat beschlossen, die über 6000 Einwohner zählende Gesamtgemeinde Dürrmengen-Mühlader anlässlich der Inbetriebnahme des ersten deutschen Großgrundfunksenders, Mühlader am 21. November 1930 zur Stadt zu erheben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Große Waldschäden durch den Sturm

ld. Baden-Baden, 25. Nov. Hier läßt sich jetzt annähernd der Sturm Schaden an Bäumen feststellen. Nach den Feststellungen der Forstverwaltung sind auf den Höhen von Baden-Baden über 11 000 Festmeter Holz dem Sturm zum Opfer gefallen. Es handelt sich dabei vorwiegend um Nadelhölzer.

D. Donaueschingen, 25. Nov. Einen außerordentlich großen Schaden hat die fürstlich-fürstenerbergischen Standesherrschaft an ihren Waldbeständen durch den Sturm in der vergangenen Sonntagnacht erlitten. Circa 40 000 Festmeter Holz wurden in den fürstlichen Wäldern geknickt und zu Boden geworfen. Die fürstliche Forstverwaltung in Weiskirch beklagt einen Schaden von 2000 Festmetern Holz. Aus mehreren Gemeinden der Gegend kommen noch weitere Sachschadenmeldungen von durchschnittlich 3000 Festmetern Wald. Dabei ist eine genaue Übersicht noch gar nicht möglich.

D. Heidelberg, 25. Nov. Nach mehrwöchiger Krankheit ist gestern Amtsgerichtsrat Oskar Graf gestorben. Er wirkte in Heidelberg seit 1. April 1924 als Zivilrichter. Graf stammte aus Mosbach, wo er 1871 geboren wurde. Im Jahre 1895 wurde er Rechtspraktikant, 1898 Referendar (Wiesbaden) und 1902 Amtsrichter in Mannheim. Im Jahre 1907 wurde er zum Oberamtsrichter ernannt und kam 1924 von Mannheim nach Heidelberg.

D. Hardheim (Bez. Buchen), 25. Nov. Im Alter von 85 Jahren starb hier der letzte Hardheimer Leineweber, Karl Philipp. Mit ihm ist die älteste Hardheimer Leineweberfamilie, welche ihren Ursprung 1671 durch den Würzburger Fürstbischof erhielt, ausgestorben. Die Leineweberzunft war die angesehenste der alten sieben Hardheimer Zünfte.

D. Mühlhausen (bei Wiesloch), 26. Nov. Montag früh gegen 2 Uhr kam es zwischen Anhängern der Handwerker- und Bauernpartei und der Bürgervereinigung zu einem schweren Zusammenstoß. Der Zigarrenfabrikant Wilhelm Seidler erhielt dabei einen schweren Stich in den Unterleib, so daß die Gedärme hervortraten. Sein Zustand ist ernst. Der Täter konnte noch nicht festgestellt werden.

D. Pforzheim, 24. Nov. Im Krankenhaus St. Trudpert starb hier im Alter von 65 Jahren Reichsbankdirektor Wilhelm Stöfel. Er war vor kurzem nach 40jähriger Dienstzeit von seinem Posten zurückgetreten. Herr Stöfel wollte seinen Lebensabend in Karlsruhe verbringen, wohin seine Gemahlin bereits übergesiedelt war.

W. W. Konstanz, 25. Nov. In Bodman am Bodensee starb im 72. Lebensjahre der Verleger und Schriftsteller Dr. Heinrich Hothy. Hothy, dessen Lebensweg vom Unglück überschattet war — er verlor drei Söhne im Mannesalter, zwei fielen im Krieg und einer verunglückte tödlich —, wird in Bodman seine letzte Ruhestätte finden. Als Schriftsteller befasste er sich mit ethischen Fragen. Auch der Haus-Hothy-Verlag diente in erster Linie der Verbreitung seiner ethischen Lebensanschauung.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Errichtung einer 110-kV-Leitung von Schwübstadt nach Rhina, hier Enteisung auf Gemartung Murg.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 15. November 1930 Nr. 12 322 auf Grund des Enteisungsgesetzes ausgesprochen:

- das Grundstück Egb. Nr. 1186 der Gemartung Murg wird gegen vorgängige Entschädigung des Eigentümers zugunsten der badischen Elektrizitätsversorgung AG. (Badenwerk) mit einer der Ausübung nach ganz oder teilweise übertragbaren beschränkt persönlichen Dienstbarkeit belastet des Inhalts, daß der Grundstückseigentümer verpflichtet ist, die Benutzung des Grundstücks für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung einer oberirdischen Hochspannungs-Freileitung für die Dauer des Bestehens der Leitungsanlage zu gestatten und dafür Sorge zu tragen, daß auf dem Grundstück keine Gegenstände irgend welcher Art, insbesondere keine Bäume oder Anpflanzungen gehalten werden, welche die Leitungsanlage föhren oder die beim Umfallen in beliebiger Richtung die Leitungsanlagen berühren können. Jedoch muß die Hochspannungsleitung so ausgeführt werden, daß es dem Grundstückseigentümer möglich ist, unter den Leitungsdrähten unbedenklich Gebäude in ortsblichen Höhen zu errichten.
- die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens wird auf 2 Wochen festgesetzt.

Karlsruhe, den 25. November 1930.
Der Minister des Innern.
J. Wittmann.

Statt besonderer Anzeige.
Mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Herr Oskar Grass
Amtsgerichtsrat
wurde am 23. Nov. 1930 von seinem schweren Leiden erlöst.
In tiefer Trauer:
Emmy Grass geb. Messmer
Liselotte Grass
Karl Grass, Geh. Reg.-Rat
und die übrigen Verwandten.
Heidelberg, Morogoro (Ostafrika), 26. Nov. 1930.
Bienenstraße 7
Die Beisetzung fand auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.
Von freundlich zugedachten Beileidsbesuchen bittet man bestens dankend abzusehen.
K. 759

Grundstückszwangsversteigerung.
5 VI. 27/30.
Im Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, den 20. Januar 1931, vormittags 9 1/2 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 13, das Hausgrundstück — Gndst. Nr. 14 — der Eise geb. Kern, Ehefrau des Philipp Herbold, Werkmeister in Karlsruhe, Gndst. 14, der Gemartung Karlsruhe.
Die Versteigerung wurde am 18. Oktober 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 18. Oktober 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbescrieb:
Gemartung Karlsruhe, Band 240, Heft 5:
Egb. Nr. 4906: 4 ar 09 qm Hofraite, Gndst. 14.
Hierauf steht:
a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenteller und Antestod,
b) ein dreistöckiger Seitenflügel an a) angebaut mit Schienenteller,
c) eine einstöckige Werkstätte an b) angebaut.
Schätzungswert ohne Zubehör 35 000 M.
Schätzungswert mit Zubehör 35 080 M.
Karlsruhe, den 24. November 1930.
Notariat V — Vollstreckungsgericht —
Bei den in Baden verkauften
Jugendherberge-Lojen
wurden folgende Nummern mit dem in Klammern beigefügten Reichsmarkgewinn gezogen.
Nr. 18 282 (10), 18 356 (20), 18 503 (10) 64 534 (10), 64 664 (10), 121 420 (10), 142 111 (10), 224 809 (10), 242 734 (10) Ferner gewinnen alle Lose je 2 M 3. — mit den dreifelligen Endnummern 380, 426, 459, 576, 771, sowie 2 M 1.50 mit den dreifelligen Endnummern 100, 102, 173, 219, 225, 236, 242, 339, 467, 513, 536, 538, 634, 636, 675, 686, 896, 961, 964, 966. R. 760

11. Kunst-Auktion
der Galerie Moos, Karlsruhe
Kaiserstraße 187, 1. Treppe
Freitag, 28., Samstag, 29. Nov.
jeweils nachmittags 3—7 Uhr 768
Wir versteigern
160 Gemälde
zu außerordentl. niedrigen Preisen! Günstige Gelegenheit für
Weihnachts-Geschenke
erner
ca. 30 Perser-Teppiche
u. Brücken, Antike Möbel, Chines. Zimmer mit Buddha-Altar
Antiquitäten aller Art
in Bronze, Porzellan, Zinn usw. Miniaturen, Uhren, Leuchter
ERICH IBEN
BAUMSCHULEN
AM REICHSBAHNHOF
TELEFON 291 ETTLINGEN
Qualitätsware
Obstbäume, Beerenobst, Coniferen, Gehölze, Allee-
bäume, Schlinger, Heckensträucher, Rosen u. Stauden
Ermäßigte Preise! R. 714

Badisches Landestheater
Donnerstag, 27. Nov. 1930
* D 9. (Donnerstagniete)
Th.-Gem. 901—1000
Der Kaufmann von Venedig
Luftspiel von Shakespeare
Regie: Dr. Wang
Mitwirkende:
Bertram, Rademacher,
Schreiner, Raumbach, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz,
Hiel, Just, O. Kienjcher,
Kuhne, Mehner, Müller,
Prüter, Schulze, Grimm,
S. Kienjcher, Kufner
Anfang 20 Ende 22 1/4
Preise A (0,70—5 M)

R. 91. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma **Valentin Haib** in Karlsruhe-Mühlburg, Alleinhaber Valentin Haib, Elektrotechniker in Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstr. 13, wurde heute nachmittags 5 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt E. Becker in Karlsruhe, Kaiserstr. 235. Konkursforderungen sind bis zum 16. Dezember 1930 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigeraussschusses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: Dienstag, den 23. Dezember 1930, vormittags 10 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 246. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 16. Dezember 1930 anzugeben. Karlsruhe, 24. Nov. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 3.

WINSCHERMANN G.m.b.H. Kohlen Großhandlung
Stephanienstr. 94
Tel. 815, 816, 817
Druck G. Braun, Karlsruhe.